

Pensionskassenzusage für LandeslehrerInnen

Informationsworkshop für VertreterInnen der Länder

Kommunikation 2010 an die Begünstigten

Dienstag, 1. Juni 2010, 10.30 Uhr, 1010 Wien, Freyung 1, 3. Stock, Festsaal

PROTOKOLL

Dr. Fröhlich eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer (siehe beiliegende Liste). Nach einer kurzen Einleitung zur Kommunikation 2010 an die Begünstigten erteilt er das Wort an Dr. Gloss, stv. Vorsitzender der GÖD, der die Notwendigkeit der Zusatzpension anlässlich eines tagesaktuellen Zeitungsartikels verdeutlicht und den Vertretern der Länder für ihren Beitrag zur Umsetzung dieses Projektes dankt. Diesem Dank schließt sich Dr. Ziegelbecker, Vorstand der Bundespensionskasse, an und führt ergänzend aus, dass 2009 trotz der gesetzlich bedingten, sehr engen Zeitschiene die rechtliche und technische Umsetzung bei allen Ländern einwandfrei geklappt hat.

Dr. Ziegelbecker und Frau Mag. Schrefl, Projektmitarbeiterin der Bundespensionskasse, führen durch die als Tischvorlage vorliegende und diesem Protokoll beiliegende Präsentationsunterlage. Im Anschluss daran wird der Entwurf des Informationspaketes 2010 an Begünstigte, die 2009 in das Modell der Bundespensionskasse einbezogen wurden, ausgeteilt und besprochen. Nach Finalisierung dieses Informationspaketes (Satz und Graphik sind noch in Arbeit) wird ein Großteil dieser Unterlagen elektronisch an die Teilnehmer dieses Workshops übermittelt werden sowie auf der Homepage der Bundespensionskasse verfügbar sein.

Dr. Ziegelbecker weist auf das quartalsweise Veranlagungsreporting auf der Internetseite der Bundespensionskasse hin, das mit einem Passwort und

Zugangscode zugänglich ist. Alle LanderlehrerInnen haben derzeit einheitliche Zugangsdaten, die auf der Veranlagungsinformation 2009 angedruckt sind (siehe Informationspaket). Für das heurige Jahr lauten diese: Name: VRG 11 Passwort: MehrInfo-2119

Zu den Kundmachungsvorschriften für den Kollektivvertrag (Folie 8) wird von Frau Mag. Schrefl erläutert, dass einer „Auflage im Betrieb“ lt. Literatur wohl auch durch ein Einstellen ins Intranet Genüge getan wird. Dies allerdings nur dann, wenn jede/r LandeslehrerIn auch Zugang zum Intranet hat. Gleiches müsste dann auch für die Betriebskundmachung per E-Mail gelten.

Zur Unterstützung des Dienstgebers bei seinen Informationspflichten sieht das Service der Bundespensionskasse (rückwirkend ab 1.1.2010 und künftig bis auf Weiteres) nach Ersteinbeziehung eines Landeslehrers/einer Landeslehrerin einen Direktversand der Sammelmappe samt Begleitbrief von der Bundespensionskasse an die neuen Begünstigten vor. Das Porto für diesen Versand trägt (ebenfalls rückwirkend ab 1.1.2010 und bis auf Weiteres) die Bundespensionskasse. Im Rahmen dieser Servicierung, die mit der Eintrittsdatenmeldung durch den Dienstgeber an die Bundespensionskasse ausgelöst wird, erfahren die Begünstigten zwangsläufig erst nach Ersteinbeziehung von der Möglichkeit der Eigenbeitragsleistung und werden sich erst danach für eine allfällige Eigenbeitragsleistung entscheiden (können). Bedenkt man die Zeit der Umsetzung einer Eigenbeitragserklärung in der Lohnverrechnung (lt. Kollektivvertrag zumindest 3 Monate) dauert es einige Monate bis der erste Eigenbeitrag fließen kann. Dr. Ziegelbecker weist darauf hin, dass bei früherem entsprechenden Wissen des Begünstigten und frühzeitiger Eigenbeitragserklärung eine Eigenbeitragsleistung selbstverständlich auch ab dem ersten Dienstgeberbeitrag in der Lohnverrechnung veranlasst werden kann.

Im Rahmen des Vortrages wurde auf die wesentlichen Informationspflichten des Dienstgebers hingewiesen, ua auch auf die kollektivvertragliche Verpflichtung (und Verantwortung) des Dienstgebers, die Jahresinformation an die Begünstigten zu verteilen (Folie 12). Die Übermittlung der Jahresinformation von der Bundespensionskasse an die Dienstgeber erfolgt jeweils für jene Begünstigte, die

zum 31.12. des Vorjahres sowie kurz vor dem Druck lt. vorangegangener Datenmeldung des Landes in einem aufrechten Dienstverhältnis gestanden sind, dh auch für Begünstigte, die sich in Karenz befinden. Um auch für diesen Fall die Verteilung für den Dienstgeber möglichst einfach zu gestalten, befinden sich die Informationen für jeden Begünstigten in einem gesonderten Fensterkuvert unter Andruck der Privatadresse des Begünstigten, die aus der kurz vor dem Druck zuletzt erfolgten monatlichen Datenmeldung des Dienstgebers übernommen wurde. Im Falle einer Karenz, während der die Übermittlung an die Begünstigten ebenfalls erfolgen muss, ist es der Leitung einer Schule daher möglich, die Jahresinformationen zB per Post an die/den nicht anwesenden LandeslehrerIn zu übermitteln.

2010 beinhaltet die Jahresinformation auch die Sammelmappe, damit nicht nur Einbezogene ab 2010, sondern auch jene Begünstigten, die 2009 einbezogen wurden, den gleichen Informationsstand haben. Auf die Frage, weshalb der im Vorjahr ausgegebene Folder für letztere Gruppe nicht ausreichend sei, führt Dr. Ziegelbecker mehrere Gründe an: Inhaltlich sind die beiden Informationen nicht deckungsgleich. 2009 war eine Beschränkung der Information auf 6 Seiten vorgegeben, die nun in der Sammelmappe verständlicher gestaltet werden konnte. Die Sammelmappe beinhaltet auch Informationen, die auf Grund des Gesetzes seitens der Dienstgeber kommuniziert werden müssen, aber voriges Jahr zum Zeitpunkt der Erstellung des Folders noch nicht vorlagen, weil zu diesem Zeitpunkt der Pensionskassenvertrag noch nicht abgeschlossen war. Ein weiterer Grund ist der einheitliche Informationsstand der im Jahr 2009 und ab 2010 einbezogenen LanderlehrerInnen, der ua auch für eine gute Tätigkeit des Servicecenters im Zusammenhang mit Anfragen von Bedeutung ist.

Im Regelfall werden die Jahresinformationen der Bundespensionskasse direkt an den Dienstgeber übermittelt. Die Bundespensionskasse verpackt die Jahresinformationen in Pakete entsprechend der seitens des Dienstgebers Land in der Datenmeldung gemeldeten Schulkennzahlen. Diese Vorgangsweise wurde 2009 mit den Ländern akkordiert. Um das Ziel einer Verteilung der Jahresinformationen noch vor Ferienbeginn zu unterstützen, bietet die Bundespensionskasse 2010 ein kostenpflichtiges (Portoübernahme durch den Dienstgeber Land) Alternativangebot in Form eines Direktversandes der Pakete durch ein von der Bundespensionskasse

beauftragtes Versandservice direkt an die Schulen an (Folie 20). Eine erste Indikation für die Höhe der Portokosten wurde der Bundespensionskasse wie folgt angegeben: Unter der Annahme, dass alle Länder einen Versand der Pakete von der Bundespensionskasse direkt an die Schulen vornehmen lassen, würde ein Paket mit max. ca. 30 Kuverts (ein Kuvert beinhaltet Begleitbrief, Jahresinformation und Sammelmappe) knapp über 3 Euro zzgl USt kosten.

Der oberösterreichische Vertreter der LandeslehrerInnen verdeutlicht nochmals die Wichtigkeit des Zieles der Verteilung vor Ferienbeginn und ersucht die Dienstgeber, heuer von diesem Alternativangebot (Direktversand durch ein von der Bundespensionskasse beauftragtes Versandservice an die Schulen) Gebrauch zu machen.

Auf Anfrage eines Landes erklärt die Bundespensionskasse, auch für bilaterale Gespräche bezüglich eines Direktversandes der Informationen durch ein von der Bundespensionskasse beauftragtes Versandservice an die einzelnen Begünstigten offen zu sein. In diesem Fall wäre die Übernahme des Portos für die einzelnen Informationsschreiben durch den Dienstgeber Land erforderlich.

Es wird klargestellt, dass bei Direktversand (an die Schulen oder direkt an die Begünstigten) pro Dienstgeber Land maximal 3 Rechnungsadressen (dh an die jeweils zuständige Landesbehörde für Pflichtschullehrer/APS, Berufsschullehrer sowie land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer) möglich sind. **Die Annahme des Alternativangebotes (Direktversand an die Schulen)** bzw. ein allfälliger Direktversand an die Begünstigten bedürfen eines Mails an Frau elisabeth.helmreich-brischar@bundespensionskasse.at **bis spätestens 8.6.2010!** Im Fall eines Direktversandes würden die nicht zustellbaren Informationen an die Bundespensionskasse retourniert werden, weil auf dem jeweiligen Kuvert als Absender die Bundespensionskasse genannt ist.

Im Zuge der Präsentation wurde die dringende Empfehlung an die Dienstbehörden/Personalstellen ausgesprochen, die Schulen vorab mit einem Schreiben über den bevorstehenden Erhalt der Pakete mit den Jahresinformationen zu informieren (Folien 19 und 20). Als Anregung wird mit diesem Protokoll der

Entwurf jenes Schreibens beigelegt, das auch den Paketen (pro Schule) beiliegen wird.

Frau Mag.^a Leitner ersucht um Übermittlung der Präsentationsunterlage und des Begleitbriefes des Schulpaketes bis 2.6.2010, 8 Uhr.

Frau Mag.^a Sand ersucht, die Pakete bis 25.6.2010 an den Stadtschulrat zu übermitteln, da am 29.6.2010 der letzte Posttag des Stadtschulrates vor Ferienbeginn sein wird. Die Bundespensionskasse wird sich nach ihren Möglichkeiten dafür einsetzen.

Weiters besteht der Wunsch, in den Folgejahren den Versand der Jahresinformationen früher vorzunehmen, damit die Verteilung unter gewöhnlichen Umständen noch vor Ferienbeginn möglich ist. Das ist auch das Verständnis und Anliegen der Bundespensionskasse, für das sie sich weiterhin einsetzen wird. Ein Versprechen dazu ist aber aus vielfältigen Gründen nicht möglich. Einer der wesentlichsten Gründe ist, dass erst nach Meldung aller Beiträge der Jahresabschluss der Bundespensionskasse begonnen und die Jahresinformation mit den Werten der hochgerechneten Zusatzpension erst auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und der von der Aktuarin geprüften Werte berechnet und erstellt werden kann. Einem von Workshop-Teilnehmern geäußerten Wunsch entsprechend wird die Bundespensionskasse das Alternativangebot eines Direktversands an die Schulen bzw. an die Begünstigten nach Möglichkeit auch in den künftigen Jahren anbieten.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass sämtliche Serviceleistungen der Bundespensionskasse bis auf Weiters angeboten und erbracht werden. Sollte ein Dienstgeber die geplante Vorgangsweise nicht wünschen, bedarf es einer direkten Kontaktaufnahme mit der Bundespensionskasse.

Dr. Fröhlich bedankt sich bei allen Mitwirkenden und Teilnehmern für das Engagement in dieser Sache und schließt die Sitzung.

Wien, 2. Juni 2010